Ressort: Politik

Justizministerin Barley kritisiert Asylplan der Union

Berlin, 03.07.2018, 15:16 Uhr

GDN - Justizministerin Katarina Barley (SPD) hat ablehnend auf den Asylkompromiss der Unionsparteien reagiert. "Diese sogenannte Einigung lässt mehr Fragen offen, als sie beantwortet", sagte Barley den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Mittwochausgaben).

"Grundlage für unsere Zusammenarbeit bleibt der Koalitionsvertrag und die Bedingungen unserer Verfassung", so die SPD-Politikerin. Die Einigung zwischen CDU und CSU sieht vor, dass Geflüchtete, die bereits in anderen EU-Ländern registriert worden sind, an ihrer Einreise gehindert werden. In bestimmten Fällen soll es demnach Zurückweisungen an der deutsch-österreichischen Grenze geben. Bereits registrierte Geflüchtete sollen gemäß Unionsplan in sogenannte Transitzentren gebracht werden, die unter dem Begriff Transitzonen bereits 2015 von der SPD abgelehnt wurden. Detaillierte Regelungen zu den umstrittenen Transitzentren sind bislang nicht bekannt.

Bericht online:

https://www.germandailynews.com/bericht-108450/justizministerin-barley-kritisiert-asylplan-der-union.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619